

„In manchem hinkt die Politik hinterher“

Der Klimarat hat der Landesregierung praktische Ideen vorgelegt, um schneller klimaneutral zu werden.

BREGENZ „Die Politik braucht Menschen mit Visionen, die vorausschauend arbeiten“, sagt Monika Hillbrand. Die Dornbirnerin engagiert sich im Rahmen des Klimarats der Bürgerinnen und Bürger. Bei einem Treffen mit Umweltlandesrat Daniel Zadra (Grüne), Landesstatthalterin Barbara Schöbi-Fink (ÖVP) und Landtagspräsident Harald Sonderegger (ÖVP) haben Vorarlberger Klimaräte ihre dringendsten Anliegen für das Land wiederholt: Dazu gehört vor allem der rasche Ausbau der Erneuerbaren, auch Windräder waren ein Thema.

Fünf Themenbereiche hat der Klimarat ausgearbeitet: Konsum, Wohnen, Mobilität, Landnutzung und Energie. Für etwa die Hälfte der Anliegen sei das Land zuständig, schätzt die 64-Jährige. Gerade der Bereich Energie ist dringender denn je, auch mit Blick auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine.

Photovoltaik auf Parkplätzen

Neben der Förderung von Energiegewinnung aus Biomasse ist der Ausbau von Photovoltaik ein Hauptanliegen. Versiegelte Flächen wie Parkplätze oder Lärmschutzwände würden sich etwa für Solarenergie anbieten. „In Einkaufszentren könnte die Energie gleich für E-Mobilität genutzt werden. Dort parken die Menschen oft einige Stunden, da braucht es keine Schnelladeanlagen“, skizziert Hillbrand die Ideen.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt sind die Ladestationen von E-Autos. „Die einen brauchen es, die anderen nicht. Die Kosten steigen für alle“, sagt die Dornbirnerin. „Land-



Der Ausbau von PV-Anlagen soll vorangetrieben werden.



Der Klimarat der Bürgerinnen und Bürger traf Vertreterinnen und Vertreter der Vorarlberger Landesregierung. KLIMARAT, ENERGIE GMBH

tagspräsident Sonderegger hat uns aber berichtet, dass es eine Novelle bezüglich des Wohnungseigentumsrechts gibt. Dadurch können auch etwa durch

Mehrheitsbeschlüsse Ladestationen beschlossen werden.“ Zuvor war diese Maßnahmen nur durch Einstimmigkeit der Eigentümer möglich.

Gratis-Öffi-Ticket statt Auto

Ein großes Sorgenkind im Klimaschutz ist der Verkehr. Ein Vorschlag ist es, Menschen nach Übersiedelung in eine neue Gemeinde für drei Monate ein Gratisticket an-

STICHWORT

Der **KLIMARAT DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER** bietet Lösungsvorschläge „der vielen“. 100 Menschen aus allen Regionen des Landes und Teilen der Gesellschaft haben 99 Empfehlungen für die Politik ausgearbeitet, damit Österreich rasch klimaneutral wird. Nun haben einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Verein gegründet. In diesem Rahmen pochen sie weiter auf mehr Tempo beim Klimaschutz.

zubieten. „Damit sie die Infrastruktur kennenlernen und sich nicht gleich auf das Auto verlassen“, sagt Hillbrand. Ein Umstieg auf Öffis werde auch erschwert, solange parken kostenlos ist.

Insgesamt wünscht sie sich, ebenso wie ihre Kollegen im Klimarat, mehr Experimentierräume für Innovationen. Für die pensionierte Volksschullehrerin beginnt dieser Prozess bei der Bildung. Viele Punkte bewertet sie nach dem Gespräch mit der Landesregierung als positiv: „Einige Dinge sind in Umsetzung, gerade bei der Umstellung auf Erneuerbare. Auch Windräder sind wieder ein Thema. Hier wurde uns von Landesrat Zadra versichert, dass gerade geprüft wird, wo ein Standort großes Potenzial hätte.“

Mehr Tempo

Aber, ergänzt Hillbrand, „in manchem hinkt die Politik hinterher“. Dass einige Länder nicht mehr auf das Klimaschutzgesetz warten wollen, zeigt sich etwa in Wien. Umweltstadtrat Jürgen Czernohorsky (SPÖ) hat erste Schritte gesetzt, um im Laufe des kommenden Jahres ein Wiener Klimaschutzgesetz zu gestalten. **VN-JUS**

Vor Sondersitzung und Befragung

Thomas Schmid und ÖVP dominieren Parlamentsgeschehen.

WIEN Bevor Thomas Schmid morgen, Donnerstag, vor dem ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss befragt wird, steht am heutigen Mittwoch noch eine Sondersitzung des Nationalrats an. Sie soll eine erste Aufklärung in der Causa rund um den ehemaligen Generalsekretär im Finanzministerium und späteren Chef der staatlichen Holding ÖBAG bringen. Unter anderem wird ein Dringlicher Antrag an Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) erwartet.

Außerdem bringen die Parteien, auf deren Verlangen die Sitzung einberufen wurde, SPÖ und FPÖ, einen Misstrauensantrag gegen die Bundesregierung ein. Hinzu kommt ein wohl aussichtsloser Antrag der Freiheitlichen für eine Verfassungsänderung, mit der die Abwahl des Nationalratspräsidenten ermöglicht werden soll - eine „Lex Sobotka“ also. Den Antrag auf die Verfassungsänderung begründen die Blauen mit der „moralischen Verantwortlichkeit“ des Nationalratspräsidenten. „Wird diese nicht



Thomas Schmid ist Thema der Woche im Nationalrat und im U-Ausschuss. APA



Es wird ein Dringlicher Antrag an Bundeskanzler Nehammer erwartet. APA

wahrgenommen, benötigt der Nationalrat rechtliche Mittel, um sein Ansehen zu schützen.“ Amtsinhaber Wolfgang Sobotka (ÖVP) habe durch seine „parteiische Vor-

sitzführung“ im ÖVP-Korruptions-Untersuchungsausschuss bzw. seine Belastung durch die Aussagen des ehemaligen Generalsekretärs im Finanzministerium, Thomas Schmid, dem Amt „massiven Schaden“ zugefügt, begründen die Freiheitlichen ihren Antrag.

Warten auf Antikorruptionspaket

Die Neos wiederum wollen bei der Sondersitzung der Regierung drei Fristsetzungsanträge für die Umsetzung ihres Antikorruptionspakets einbringen. Dieses liege schon seit Jahren im Nationalrat, harre aber nach wie vor der Umsetzung. Konkret wollen die Pinken bis Mitte Dezember Anträge zur Schließung von Lücken im Korruptionsstrafrecht, zur Schaffung einer Generalstaatsanwaltschaft und eines Informationsfreiheitsgesetzes beschlossen haben.

So wollen die Neos auch ihr Nein zur Fortsetzung des U-Ausschusses rechtfertigen: „Wir wollen die lange überfälligen Veränderungen auch nicht noch weiter auf die lange Bank schieben, indem wir den U-Ausschuss künstlich verlängern, sondern jetzt rasch an den Reformen arbeiten“, so der stellvertretende Klubchef Nikolaus Scherak.



Kommentar

Kathrin Stainer-Hämmerle

Frühes Weihnachtswunder

Zwischen den Feiertagen sind weitere 15 Zelte nach Vorarlberg geliefert worden. Die zuständige Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU) will „auf Nummer sicher gehen“ und verwendet dafür die Salamitaktik. Schritt 1: Zelte anlie-

„Erich Schwärzler blieb 2015 hartnäckig, bis in jeder Gemeinde Flüchtlinge untergebracht waren.“

fern, aber noch nicht aufstellen. Schritt 2: Zelte aufstellen, aber leer stehen lassen. Schritt 3: Zelte beziehen lassen, aber nur von allein reisenden Männern „mit geringer Bleibeperspektive“. Schritt 4: Irgendwann gewöhnen wir uns an Menschen, die länger in Zelten wohnen. Schließlich können auch viele abgelehnte Asylwerber aufgrund fehlender Abkommen und drohender Gefahren in ihren Herkunftsländern nicht abgeschoben werden.

Die Zelte sind Symbole für ein Kräfteingen zwischen Bund und Land. Schuld an der Notmaßnahme seien die Bundesländer, meint das Innenministerium. Vor allem jene, die die Verteilungsquote nicht erfüllen. Dazu zählen im Grunde alle außer Wien und dem Burgenland. Der Verweis von Landesrat Christian Gantner auf die nun zusätzlichen 200 Unterbringungen scheint das Innenministerium nicht beeindruckt zu haben. Die Zelte sind aber auch Symbole für das Nicht-Willkommen-Sein von Asylsuchenden und Wirtschaftsmigranten in diesem Land sowie für die Hilflosigkeit der Politik ihnen gegenüber. Eine „künstlich geschaffene Krise“ nennt die Migrationsforscherin Judith Kohlenberger die Aufstellung von Zelten. Diakoniedirektorin Maria Katharina Moser will in der heutigen Situation gar

keine Krise wie 2015 erkennen. Vielmehr handle es sich um eine „Unterbringungskrise“. Moser warnt davor, dass solche Bilder zu einer Radikalisierung führen würden.

Über Zelte und das Hin-und-Her-Schieben der Verantwortung freut sich jedenfalls die FPÖ. In den Umfragen lassen sie die skandalgebeutelte ÖVP hinter sich und schließen zur SPÖ auf. Ibiza und der Führungsstreit an der Spitze scheinen längst vergessen. Rot-Blau wäre zurzeit gar die einzige rechnerisch mögliche Zweierkoalition, wenn auch politisch kaum denkbar. Zumindest solange Pamela Rendi-Wagner an der Spitze bleibt. Doch die nächste Nationalratswahl ist wohl noch ferne, die Zelte stehen bzw. liegen bereits im Hof der Polizeischule in Gisingen.

Ebenso wenig wie das „Gegenmarketing“ von Innenminister Karner während des Sommers werden sie keine Flüchtenden abschrecken. Es bleibt nur die Hoffnung auf ein frühes Weihnachtswunder, ähnlich wie es 2015 dem damals zuständigen Landesrat Erich Schwärzler gelang. Er blieb hartnäckig, bis in jeder Gemeinde Flüchtlinge untergebracht waren. Aktuell zuständige Politiker vom Ministerium über die Länder bis in die Gemeinden könnten dieses Vorarlberger Erfolgsmodell als Vorbild nehmen und beweisen, dass das Gemeinsame am Ende immer über das Trennende siegt. Der Tipp des inzwischen VN-Ombudsmannes würde wohl lauten: Telefon in die Hand nehmen.



KATHRIN STAINER-HÄMMERLE
kathrin.stainer-haemmerle@vn.at

FH-Prof. Kathrin Stainer-Hämmerle, eine gebürtige Lustenauerin, lehrt Politikwissenschaften an der FH Kärnten.



IHRE MEINUNG IST GEFRAGT!

Vorarlbergs meistgelesenes Diskussionsforum. leserbriefe@vn.at

KARIKATUR

Saures zu Halloween!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT